

# Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, Dezember 2009

59. Jahrgang, Nr. 686

## AUS STASI WURDE NASI – aber die Auflösung war unaufhaltsam *VOS und andere Verbände erinnern an den Sturm auf die Stasi-Zentralen vor 20 Jahren*

Wiewohl das Jahr 1989 geradezu eine Fülle von Anlässen und Daten zur Erinnerung bietet und sich vor gut einem Monat am 9. November noch die Medien mit Interviews, Kommentaren und Rückblicken übertrafen, bleibt eine der wichtigsten Aktionen eher unbeachtet. Dies ist die Besetzung der Stasi-Zentralen in den Bezirks- und Kreisstellen der DDR, in denen couragierte Bürgerrechtler in den ersten Dezembertagen 1989 die Initiative ergriffen und die Stasi-Burgen stürmten.

Durch die mutige Aktion konnten noch wichtige Akten vor der Vernichtung gerettet werden, aus denen wir bis heute wesentliche Auskünfte über Verantwortliche im Stasi-Apparat ziehen können. Auch die Auflösung des Molochs wurde vorangetrieben. Der Irrglaube, die Stasi-Oberen selbst hätten die Selbstauflösung ihres hinterhältigen Systems initiiert, wird durch das Eingreifen der damaligen Aktivisten eindeutig widerlegt. Man weiß zudem, dass das MfS zuvor versucht hatte, aus der Stasi eine Nasi zu machen, um sich den Anschein von Harmlosigkeit und Rechtsstaatlichkeit zu geben. So war es schließlich unvermeidbar, dass der Moloch MfS innerhalb kurzer Zeit in sich zusammenfiel, da auch aus den oberen Etagen des MfS und des Politbüros nur mit Schweigen und Hilflosigkeit geantwortet wurde. Dies belegt ein Zitat aus dem jüngst im Komma Verlag erschienenen Buch „Der lange Arm der Stasi“, in dem mehrere VOS-Mitglieder (E. Thiemann, A.

Richter) authentische Beiträge veröffentlichten. So wird ein früherer Stasi-Offizier zitiert: „Je höher die Dienstgrade waren, umso hilf- und ratloser wirkten die Leute. ... Wir mittleren und kleinen Dienstränge waren denen egal. Wir fühlten uns von unseren Führungskräften komplett im Stich gelassen.“

Mit Plakaten wiesen die Demonstranten auf die Aktion vor zwanzig Jahren hin und weihten eine Gedenktafel mit der Inschrift AM 07.12.1989 ERZWANG EINE GRUPPE VON ETWA 20 BÜRGERRECHTLERN ERSTMALS ZUTRITT ZUR STASI-ZENTRALE, DIE SICH BIS 1990 AN DIESEM ORT BEFAND ein. Zu der Einweihung kamen Vertreter der UOKG, der Fraktionen von CDU und SPD sowie zahlreiche Anwohner. Ronald Lässig vom Bundesvorstand der VOS, die diese Initiative organisiert hatte, berichtete als Zeit-

zeuge des damaligen Ereignisses: „Wir befürchteten die Aktenvernichtung in großem Stil. Also haben wir uns am 7. Dezember, begleitet von einem Militärstaatsanwalt, Zugang zur Stasi-Zentrale verschafft, vor laufender Kamera. Die Mitarbeiter gingen nach wie vor ihrem Tagesgeschäft nach. Daraufhin haben wir Panzerschränke versiegeln lassen, auch im Ministerbüro. Die Schredder waren noch warm, sie liefen Tag und Nacht, räumte damals sogar das Wachpersonal ein.“

Große Resonanz fanden auch die Gedenk- und Mahnveranstaltungen in anderen Städten der neuen Bundesländer (Berichte im Innenteil dieser Fg). Vor allem in Erfurt und Potsdam nutzten Bürgerrechtler, ehemalige und Politiker(innen) das Datum auf gegenwärtige Skandale in den Landtagen hinzuweisen. Ausführlich wurde darüber im Fernsehen berichtet. *Hugo Diederich*



Ronald Lässig (3. v. l.) vom Bundesvorstand der VOS erinnert in einer Ansprache an die Besetzung der Stasi-Zentrale 1989 in Berlin.

Das Jahr 2009 steht kurz vor seinem Abschluss. Es sind wieder eine Menge Eindrücke, die wir mit in das neue Jahr nehmen, und es sind abermals Erfolge, auf die wir als VOS zurückblicken können. Insbesondere die Vielzahl von Aktionen, mit denen wir auf uns aufmerksam gemacht haben, gibt uns die Zuversicht, dass wir auch in 2010 wirksam in der Öffentlichkeit auftreten und eine gestärkte VOS präsentieren.

Deutschland blickte in 2009 auf die zwanzigjährige Wiederkehr der Beseitigung des SED-Unrechts-Regimes zurück. Ein Jubiläum, das in den (anderen) Medien und von der Politik des Landes mit ungekannter Ausgiebigkeit begangen wurde. Insbesondere am 9. November wurden massenhaft Zeitzeugenberichte ausgestrahlt. Die Radio- und Fernsehstationen überschlugen sich geradezu. Kurz darauf zog wieder der Alltag ein, die Tagesereignisse traten in den Vordergrund. Dabei blieb die Vergangenheit freilich nicht unberührt. Die Turbulenzen, die im Land Brandenburg durch die Koalitionsbildung aus SPD und Linken entstanden sind, haben nicht nur in diesem Bundesland selbst für Aufregung gesorgt. Und sie haben in erschreckender Fülle einen Stasi-Morast offenbart, den man letztlich kaum für möglich gehalten hat. Die Enthüllungen, die innerhalb kurzer Zeit an das Licht der Öffentlichkeit kamen, sind beunruhigend. Mehrere Minister und führende Linken-Politiker „outeten“ sich bezüglich ihrer Vergangenheit. Konsequenzen, was heißt Rücktritte, gab es nicht. Dies resultiert nicht zuletzt aus dem Meinungsbild, das streckenweise über die DDR verbreitet wird. Über angeblich gute Seiten, die mit besserer Gesundheitspolitik und gerechteren Bildungschancen zu tun hätten.

Die VOS hat mit der Beteiligung an Zeitzeugenprogrammen, nun auch in westlichen Bundesländern, Initiativen eingeleitet, die vor allem für junge Menschen konkrete Informationsmöglichkeiten über die Wirklichkeiten der untergegangenen DDR bietet. Dieser Weg muss unbedingt weiter verfolgt und ausgebaut werden. Wir wissen, dass auch seitens der alten SED-Ideologen eine Flut von Verherrlichungspublikationen auf den Markt gekommen ist. Ohne jeden Bezug zur geschichtlichen Wahrheit wird darin die DDR als lebenswert und sozial sicher beschrie-

ben. Ihr Untergang, so erfahren wir immer wieder, sei das Ergebnis der Bestrebungen des Westens gewesen.

So billig und einfach gestrickt diese Agitationsmethoden sind, so leicht fallen sie doch auf den fruchtbaren Boden der derzeitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Viele Menschen sehen ihr Heil und ihre Zukunft unter einer Regierungspolitik, wie sie die Linken den Bürgerinnen und Bürgern Wahlkämpfen vorgaukelt. Es wird verschwiegen, dass sich ein sozialistisches System dauerhaft nur durch Gewaltmaßnahmen halten kann und konnte.

Die VOS hat auch hier durch spektakuläre Aktionen Aufmerksamkeit erregt. Todesschüsse an der Mauer wurden nachgestellt, Straßenschilder mit den Namen von kommunistischen Ikonen verhängen. Und das in der Öffentlichkeit, mitten in Berlin.

### *Auf ein Wort des Redakteurs*

Nach wie vor spielen auch die Einzelaktionen unserer Mitglieder eine wichtige Rolle. Kamerad Fritz Schüler initiierte ein Buch, und er kämpft unermüdlich für die Umbenennung einer Straße in Strausberg nach dem konsequenten Widerständler Michael Gartenschläger. Das Buch hat er aus eigenen Mitteln finanziert. Umso wichtiger wäre es, dass es nun auch von allen, die es angeht, also von uns VOS-Mitgliedern, bestellt wird.

Im zurückliegenden Jahr sind wieder mehrere Kameradinnen und Kameraden der VOS öffentlich geehrt worden. Auch das Bundesverdienstkreuz gehörte zu den Anerkennungen. Dies zeigt, dass sich Einsatz und mutiges Auftreten lohnen.

Kaum Verbesserungen ließen sich bezüglich der Opferrente erreichen. Egal, dass hier ehemalige Häftlinge oder deren Hinterbliebene eindeutig benachteiligt worden sind. Es ist nach der Klarheit der getroffenen politischen Entscheidungen sicher auch nicht mit schnellen Abänderungen zu rechnen. Dies darf jedoch nicht zu einer Aufgabe der Bemühungen führen. Insbesondere die „Halbjahresregelung“ und die „Bedürftigkeitsklausel“ können in der derzeitigen Form nicht akzeptiert werden.

Wie sieht es mit der personellen Besetzung der VOS aus? Wir haben erst vor kurzem von der Umbeset-

zung im Vorstand erfahren. Kamerad Ronald Lässig wurde zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Er nimmt nun auch die Aufgabe des Bundespressesprechers wahr. Durch seinen Einsatz gelangten Stellungnahmen und Kommentare des Bundesvorstandes in zahlreiche Medien, die VOS wurde dabei immer wieder genannt. Auch die Gestaltung unserer erweiterten Internetseite vollzog sich unter seiner aktiven Mitwirkung. Allen, die noch nicht dort reingeschaut haben, sei dies hiermit prompt empfohlen. Wer will, kann nun auch online in früheren Fg-Ausgaben lesen und sich über Aktionen, Zeitzeugeninterviews und wesentliche Meldungen informieren. Die Internet-Adresse wird im Impressum jeder Fg aufgeführt. Es ist aber auch möglich, sich den Internetauftritt zu „ergoogeln“.

Mit dem Erscheinen der neuen VOS-Seite hat nun unser Kamerad Wolfgang Stiehl den Internetauftritt des Landesverbandes Sachsen-Anhalt eingestellt. Ich möchte ihm und seinen Mitautoren noch einmal danken. Die solide Arbeit des Magdeburger Teams hat mich persönlich immer daran erinnert, mit der Arbeit an der nächsten Fg-Ausgabe zu beginnen. Umso mehr hoffen alle Leserinnen und Leser des Forums auf eine starke Beteiligung von Wolfgang Stiehl an der zentralen VOS-Seite.

Abschließend gehen auch schon einige Gedanken in das neue Jahr voraus, wengleich sich hierzu die Ausgabe des Januars konkreter äußert. Es sind vor allem die nächsten Jubiläen, die uns erwarten. Wir begehen den zwanzigsten Jahrestag der neu erkämpften Einheit Deutschlands. Die VOS sieht ihrem sechzigjährigen Bestehen entgegen, was auf jeden Fall von einer angemessenen Würdigung begleitet sein wird.

Aus meiner persönlichen Sicht bleibt ein Jubiläum nachzutragen, das ich irgendwie übersehen habe. Die vorausgegangene Fg-Ausgabe (685) war meine 150. Zeitung. Ich habe also quasi unbemerkt einen neuen (zeitlichen) Abschnitt begonnen.

Allen, die die Freiheitsglocke lesen und hoffentlich schätzen und allen Kameradinnen und Kameraden der VOS sowie ihren Familien und Freunden wünsche ich ein frohes Weihnachtsfest und für das neue Jahr Gesundheit und Glück und natürlich Kraft für die anstehenden Aufgaben.

*Bis zur nächsten Ausgabe  
Ihr Alexander Richter*

## In dieser Ausgabe:

### W i c h t i g

Die Vergangenheit wird auch weiter unsere Zukunft und das Geschichtsbild prägen

*Ein Zeitzeugenbericht über den Umgang mit Menschenleben im Lager Bautzen*

Seite 16 bis 18

#### Titelseite:

**Der Mut und der Widerstand retteten die Akten**

*Gedenktafel zur Erinnerung an Besetzung der Stasi-Zentralen vor 20 Jahren*

#### Redaktionsthema:

Rückblick auf ein ereignisreiches Jahr 2009 2

#### Der Aufarbeitung verbunden

Verdienstvolle Kameraden mit hohen Auszeichnungen geehrt 4

#### Eine große Chance wurde vertan

Fernsehfilm blieb unter seinen Möglichkeiten 5

#### Erfahrungen des Jugendwerkhofs plastisch durch Bücher erklärt

Baumholder Realschule dankt VOS-Vorstand 5

#### Ereignisse, die wir nie vergessen werden

VOS-Bezirksgruppe Rhein-Ruhr verbindet Jahresversammlung mit Gedenken an Mauerfall 6

#### Zeitzeugen sind und bleiben die besten Geschichtsvermittler

Aktivitäten in Bad Zwischenahn 6

#### In der DDR gab es keine Perspektive mehr

Ralph M. Unger „wanderte“ noch 1988 in den Knast – und wurde nach sechs Monaten freigekauft 7

#### VOS INTERN: DIE NEUE SATZUNG

Im Mittelteil dieser Freiheitsglocke 8 bis 13

#### Aufarbeitung, Ausblicke und Hoffnungen

Gerhard Ruden organisiert in Sachsen-Anhalt harmonischen Jahresabschluss 14

#### Gedenken an Besetzung der Stasi-Behörden

Potsdamer Bürgerrechtler räumen mit Mythos von der Stasi-Selbstauflösung auf 14

#### Versöhnung nach Bischöfinnenart?

Opfer sollen doch bitte die Täter in Ruhe lassen 15

#### Gräberpflege ist auch eine Form von Gedenken

Ein gut gemeinter Appell an uns alle 19

#### Thema Ehrenpension nicht aus den Augen verlieren

Reichenbacher Kameradinnen und Kameraden vergessen trotz Harmonie die Pflichten nicht 19

- Ehrungen	4
- Dankschreiben	5
- VOS-Gruppen	6, 14, 19
- VOS-Stichwort	7
- Häftlingsschicksal	7
- VOS-Pressemitteilung	18
- Verstorbene, Nachrufe	19
- Impressum, Gedichte	20

# Allen Kameradinnen und Kameraden der VOS und allen Leserinnen und Lesern der Freiheitsglocke ein gesundes und glückliches Jahr 2010

Der Bundesvorstand, der Fg-Redakteur

## Ansehnliche Zahl von Spendern dankt der VOS und sich selbst!

Karl-Heinz Ruhnau, Manfred Schmalfuß, Detlef Watzlaweck, Barbara Große, Gunnar Rieger, Elisabeth und Karl-Heinz Hammer, Karl-Heinz Fricke, Lothar Meißner, Karl-Heinz Porzig, Helmut Günther, Willi Lehmann, Gotthard Rammer, Dieter Finschow, Hartmut Kaesewurm, Klaus Noack, Ingrid Arena, Lothar Spillner, Barbara und Hartmut Schlott, Andreas Petersen, Christian G. Ebert, Gerhard Grziwa, Kurt Müller, Petra Heiber, Jürgen Stahf, Fritz Giese, Maria und Kurt Schleppe, Dieter Specht, Dietrich Jacobs, Irene Petzel, Heinz Thiele, Heinz Richter, Helmut Stelling, Fredi Wietzoreck, Helmut Meyer, Heinz Krönert, Margarete und Albin Lichy, August Stolpe, Rainer Buchwald, Gottfried Walther, Ingolf Braungart, Ingrid und Alfred Czubek, Christa und Herbert Lange, Harri Hartwig, Harri Härtwig, Lothar Reichelt, Ellen Knöchel, Gerhard Kalitz, Friedrich Hübner, Wilmar Leistner.

*Allen Genannten ein herzliches Dankeschön.  
Bundesvorstand und Redakteur*

**Nur ein finanziell gesicherter Verband kann auch ein starker Verband sein**



# Ermutigung zur Fortsetzung der Aufarbeitung

*Bundesverdienstkreuz an langjährige VOS-Mitglieder durch Horst Köhler verliehen*

Wie bereits in der vorausgegangenen Fg berichtet, wurden noch im November mehrere Kameraden der VOS durch den Bundespräsidenten Horst Köhler mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Bundespräsident Köhler brachte für die langjährigen Mitglieder der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) Heinz Schwollius aus Stuttgart und Benno von Heynitz aus Weilburg in Hessen bei der Verleihung in der Feierstunde auf Schloss Bellevue am 16. November 2009 seine Hochachtung vor den Leistungen der Ausgezeichneten zum Ausdruck. Er betonte, dass sie sich trotz großer persönlicher Risiken für Recht und Freiheit eingesetzt hätten. Von Heynitz gehört zu den Mitbegründern des „Bautzen-Komitees“ ehemaliger politischer Häftlinge. Schwollius war 1946 wegen angeblicher Werwolf-Tätigkeit zum Tode und später zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt worden.

Der Bundesvorstand der VOS schloss sich den Gratulationen, die aus allen Bereichen der Bundesrepublik gekommen waren, an. Vorstandsmitglied Ronald Lässig betonte in einer Presseerklärung des VOS-Bundesvorstandes: „Wir gratulieren unseren Mitgliedern zu dieser hohen Auszeichnung. Der Bundespräsident hat uns damit ermutigt, die Bemühungen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur fortzusetzen. Angesichts zunehmender Verzerrung der Geschichte muss besonders die junge Generation besser als bisher über die SED-Diktatur aufgeklärt werden. Denn Demokratie ist nicht gottgegeben.“

Ebenso würdigte die VOS, dass auch der Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Dr. Hubertus Knabe, der Leiter des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig, Prof. Dr. Rainer Eckert sowie der Leiter der Forschungs- und Gedenkstätte in der ehemaligen Ost-Berliner Stasi-Zentrale Normannenstraße, Jörg Drieselmann, das Bundesverdienstkreuz für ihre jeweiligen Beiträge zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erhalten haben.

Mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt wurden auch die ehemaligen Speziallagerhäftlinge Erika Rie-

mann und Jochen Stern. Sie haben sich besonders um Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte verdient gemacht.

Die Verleihung war auch für die Leiterin der Gedenkstätte Bautzen ein Anlass, die Geehrten entsprechend zu würdigen. Silke Klewin informierte in einer Presseerklärung: „Alle drei haben sich um die Demokratie verdient gemacht. Sie unterstützen die Arbeit der Gedenkstätte Bautzen bis heute in vorbildlicher Weise.“ Zugleich unterstrich sie mit Hinweis auf die Biografien der Geehrten deren Anteil an der Aufarbeitung der Geschichte der Stalinismus-Opfer.



**VOS-Kamerad und Bundesverdienstkreuzträger Benno v. Heynitz**

So heißt es zu VOS-Mitglied Benno von Heynitz: Von Heynitz, Jahrgang 1924, setzt sich seit frühester Jugend für Recht und Freiheit ein. Nach dem Zweiten Weltkrieg kämpfte er gegen das stalinistische Regime in der sowjetischen Besatzungszone. Von Heynitz prangerte die Verletzung der Menschenrechte an, kritisierte die Zwangsvereinigung von SPD und KPD und beteiligte sich am Aufbau eines Widerstandsnetzes. 1947 wurde er von einem sowjetischen Militärtribunal (SMT) zu 25 Jahren Haft verurteilt. Für sein freiheitliches Engagement büßte er zehn Jahre als politischer Häftling in Lagern und Gefängnissen der SBZ/DDR unter anderem im „Gelben Elend“ in Bautzen.

Auch nach seinen Haftjahren setzte sich von Heynitz unermüdlich für Freiheit und Demokratie ein. 1990 initiierte er die Gründung des Bautzen-Komitees, das die Aufklärung und Aufarbeitung der Verbrechen kommunistischer Ge-

waltherrschaft in den Bautzener Gefängnissen zum Ziel hat. Seinem Engagement ist die Gründung der Gedenkstätte Bautzen maßgeblich zu verdanken. Bis heute unterstützt er als Ehrenvorsitzender des Komitees sowohl die Arbeit des Vereins als auch der Gedenkstätte.

Zu beachten ist auch der Grund der Verhaftung und der Verurteilung von Erika Riemann. Die 1930 Geborene ließ sich als 14-Jährige dazu hinreißen, ein Porträt des Diktators Stalin zu bemalen. Sie wurde dafür von einem Sowjetischen Militärgericht zu 25 Jahren Haft verurteilt. Zehn Jahre brachte sie davon in der Haft des SED-Regimes zu.



**Erika Riemann (Fotos: Internet, Sächsische Gedenkstätten)**

Sie durchwanderte die Speziallager Bautzen, Sachsenhausen und das Zuchthaus Hoheneck.

Wenige Worte müsste man eigentlich über Jochen Stern verlieren. Der 81-Jährige ist nicht nur den ehemaligen Lagerhäftlingen von Bautzen und anderen politischen Häftlingen bekannt. Seine schauspielerischen Fähigkeiten hat er in vielen Rollen unter Beweis gestellt. Etwa in der Krimi-Serie Wilsberg oder in „Ein Herz und eine Seele“ mit „Ekel Alfred“.

Stern verbrachte eine Haftzeit von 1947 bis 1954. Er war 1946 in die LDPD eingetreten und 1947 wurde er von der sowjetischen Geheimpolizei wegen angeblicher Spionage verhaftet und verbüßte bis 1954 eine Haftstrafe im Speziallager Bautzen. Sein beruflicher Erfolg und die Sympathien bei seinem Publikum haben ihn nicht gehindert, sich nachhaltig mit der Aufarbeitung des SED-Unrechts zu befassen.

*A. Richter*

## Die geheimen Schicksale der DDR-Frauen am 14. November auf dem Fernsehkanal VOX

Ein beeindruckender Film, der jedoch wichtige Abschnitte ausgelassen hat

☒ Ein Film der betroffen machte, selbst jene, die da glauben, doch schon lange alles über die Diktatur der DDR zu wissen. Es war die unspektakuläre und dabei so eindringliche Art, die den Zuschauer so betroffen machte, wie da Frauen über das Grauen ihres Erlebten berichteten. Frauen, die eingesperrt wurden, weil sie sich nichts anderes wünschten als das Land, in dem sie leben wollten, selbst zu bestimmen. Frauen, die es wagten, die politischen Verhältnisse der DDR zu kritisieren. Immerhin 0,51 Mio. Zuschauer sollen den Film gesehen haben, was für eine Einschaltquote von 4,4 % reichte. Da stimmt es nicht traurig, dass der „Musikantenstadl“ der ARD unter 3,2 % lag. Und doch es hätte ein noch besserer Film werden können. Er wäre es dann geworden, wenn man nicht eine ganze Generation von Frauen einfach ausgelassen hätte.

Wo waren in dem Beitrag jene Frauen zu sehen, die als erste im Winter 1950 nach Hoheneck kamen? Die in den sowjetischen Lagern Bautzen und Sachsenhausen zuvor schon fünf Jahre Lagerleben hinter sich hatten und dabei tausende von Mitgefangenen verhungern sahen. Die bei ihrem Einzug in Hoheneck glaubten, dass es nun endlich besser werden wird, denn man kam ja zu den Deutschen, da verhungert keiner. Doch erst mit einem wochenlangen Hungerstreik gelang es ihnen 1953, sich wirklich bessere Haftbedingungen zu erkämpfen.

Wo waren die Frauen der 1950er-Jahre, die z. B. wegen ihres Eintretens für die SPD inhaftiert waren?

Sie wurden alle abgehandelt in einem knappen Beitrag des Autors dieser Zeilen, dessen Mutter zu jenen Frauen gehörte und der über sie und sich kurz erzählen durfte. War da wirklich keine Zeit, eine Margot Jann berichten zu lassen, die als junge Schülerin unschuldig von einem Sowjetischen Militärtribunal zunächst zum Tode verurteilt und dann zu 25 Jahren „begnadigt“ wurde? Die jahrelang den Frauenkreis der Hoheneckerinnen leitete. Oder eine Elfriede L., die wegen „Propaganda gegen die Kommunistische Partei Deutschlands“ in Hoheneck einsaß und deren Kind im November 1950 dort als Totgeburt auf die Welt kam? Gehören sie nicht auch zur Geschichte von Hoheneck und damit zur Geschichte der DDR?

Hier wurde eine große Chance vertan, über die ganze Geschichte des berüchtigsten Frauengefängnisses der DDR zu berichten. Schade, es hätte wirklich ein ganz großer Film werden können. *Alex Latotzky*

## Herausforderung und Ansporn zugleich Ministerpräsidentin Lieberknecht dankt VOS

☒ Für die vom Bundesvorstand der VOS anlässlich ihrer Wahl zur Ministerpräsidentin des Landes Thüringen übermittelten Glückwünsche hat sich Christine Lieberknecht in einem persönlichen Schreiben bedankt. Darin heißt es: *Das mir anvertraute Amt ist mir Herausforderung und Ansporn zugleich.* Der Landtag hatte sich erst im zweiten Wahlgang auf Frau Lieberknecht als Ministerpräsidentin einigen können.

## Bücher waren Unterstützung bei Zeitzeugengespräch

Realschule bedankt sich bei VOS für bereitgestellte Bücher über Jugendwerkhof

Die aktive Beteiligung der VOS an der Aufarbeitung der DDR-Geschichte wirkt sich mittlerweile bundesweit aus. Eine Realschule in der Kleinstadt Baumholder (Rheinland-Pfalz) erhielt kürzlich einen Satz Exemplare des von Grit Poppe herausgegebenen Buches „Weggesperrt“, in dem es um die Schilderung der Jugendwerkhöfe in der DDR – wegen der hier begangenen Grausamkeiten bei vielen ein Tabuthema – geht. Das Buch wurde im Unterricht der Klassenstufe zehn durchgearbeitet, da in der Schule ein Vortrag von Kerstin Kuzia, die in der DDR die bittere Erfahrung des Jugendwerkhofs hatte machen müssen, bevorstand.

In ihrem Dankeschreiben betonen die Rektorin und die Fachlehrerin Deutsch, dass die Lektüre des Buches „Weggesperrt“ das Interesse auf den Vortrag von Kerstin Kuzia verstärkt habe und beides, die Zeitzeugin wie auch das Buch, einen bleibenden Eindruck hinterlassen hätten. Als besondere Anerkennung sandten die Schulvertreter auch ein Dankeschreiben der Klassenstufe mit den einzelnen Unterschriften mit.



Durch die Schulleitung ist vorgesehen, die Buchexemplare auch für den Unterricht in anderen Klassenstufen zu nutzen, damit die Schicksale von Jugendlichen in der DDR auch weiterhin an realen Beispielen vorgeführt werden können.

Diese Art der Unterstützung seitens der VOS zeigt die Möglichkeit und den Nutzen einer plastischen Vermittlung von Geschichte in Verbindung mit Sprache.

Von Kerstin Kuzia kann man übrigens neben anderen Betroffenen im Internet Berichte zu ihren Erlebnissen im Jugendwerkhof finden. Hier wird auch über die Zahl (insgesamt 60) und die Zielstellung (Jungen und Mädchen zwischen 14 und 18 Jahren sollten dort mit Disziplin und Arbeit „umerzogen“ werden) der Jugendwerkhöfe berichtet. Informieren kann man sich darüber hinaus auch über die Schule selbst. Unter der sehr gelungenen Web-Site: <http://rsbaumholder.bildung-rp.de/>.

A. R.

# Gute Stimmung, aber auch Gedenken Mauerfall und Mauertote

*Die Bezirksgruppe Rhein-Ruhr traf sich anlässlich des 20. Jahrestages des Mauerfalls*

Am 14. November 2009 trafen sich die Mitglieder der VOS-Bezirksgruppe Rhein-Ruhr zu ihrer letzten Mitgliederversammlung im Jahr 2009, die schwerpunktmäßig dem Gedenken des 20. Jahrestages des Mauerfalls gewidmet war.

Eingangs wurde ein Grußwort unseres Bundesvorsitzenden Kamerad Rink verlesen und mit viel Wohlwollen von den Mitgliedern der Gruppe entgegengenommen. Anschließend wurde das geschichtsträchtige Ereignis des Mauerfalls am 09. November 1989 für die nachfolgende deutsche Wiedervereinigung gebührend gewürdigt.

Es begann mit einer kurzen Darstellung dieses unmenschlichen Machwerks jüngster deutscher Geschichte in Zahlen, um dann die deutsche Todesgrenze mit dem letz-

ten Mauertoten Chris Gueffroy noch im Februar 1989 als besonders schändliches Symbol zu charakterisieren.

Die friedliche Revolution in der DDR bereits vor dem direkten Mauerfall, die kurzzeitigen diplomatischen Verwirrungen von Kanzler Helmut Kohl am 09.11.89 sowie unsere persönliche Freude, Genugtuung und Befriedigung über dieses epochale Ereignis waren weitere Stationen unseres ganz persönlichen Rückblicks auf den Mauerfall.

Abgeschlossen wurde dieser Teil der Zusammenkunft mit dem Singen der Nationalhymne.

Danach wurden Ausschnitte aus der DVD zur beeindruckenden Theateraufführung „Staats-Sicherheiten“ gezeigt. Dadurch angeregt tauschten die anwesenden Kamera-

den anschließend ihre eigenen Erinnerungen an die Haftzeit aus. Zum Gedenken an die genauso betroffenen Frauen wurde von einer Haftkameradin ein Gedicht der Frauen aus Hoheneck vorgetragen. Für einen passenden kulinarischen Rahmen hatten die Mitglieder der Bezirksgruppe ebenfalls gesorgt, so dass auch das leibliche Wohl nicht zu kurz kam.

Im Ausblick auf die beginnende Vorweihnachtszeit wurde abschließend ein weihnachtliches Lied gesungen. Alle Mitglieder gingen anschließend mit dem Gefühl nach Hause, ein paar schöne Stunden im Kreis Gleichgesinnter verbracht zu haben und bedauerten diejenigen, die dieses Mal nicht dabei waren.

*Detlef von Dechend (Foto rechts), BG Rhein-Ruhr (Foto links, Auszug)*



## Zeitzeugen aus der DDR sind in alten Bundesländern gefragter denn je

*Kamerad Reinhard Schwartz aus Bad Zwischenahn trat an Schulen und in Gesprächskreisen auf*

In unserem Wohnumfeld, dem Ammerland gibt es breites Interesse, von Zeitzeugen zu hören, wie das Leben in der ehemaligen DDR ausgesehen hat. Ich wurde von mehreren Seiten gefragt, ob ich für Menschen, die die Verhältnisse in der ehemaligen DDR wenig oder gar nicht kennen, berichten kann. So habe ich unter anderem in einem ökumenischen Gesprächskreis von meinen Erlebnissen und Erfahrungen berichten dürfen, und etwa 70 Personen hörten aufmerksam zu und stellten gute Fragen.

In den letzten beiden Schuljahren der 9. und 10. Klassen und im aktu-

ellen Schuljahr der Realschule bin ich von den Lehrkräften bereits zu dieser Thematik im Unterrichtsstoff eingeplant. Durch mehrere Notizen in der Oldenburger Tageszeitung, in der Nord-West-Zeitung, in den Wochenendzeitungen und in dem umfangreichen Ammerland-Journal „Meer und Flair“ erhalte ich stets positive Resonanz, die dann weitere Vortragstermine nach sich zieht.

In der gegenwärtigen Situation ist es besonders wichtig, dass wir, die noch Zeitzeugen sind, den Menschen deutlich die Erlebnisse von 1945 bis 1989 in der ehemaligen DDR nahe bringen. Ich darf anfüh-

ren, dass ich im Dialog mit sehr unterschiedlichen Menschen feststellen musste, wie wenig Kenntnis bis hin zu keinem Wissen über die Tatsachen in der ehemaligen DDR bestehen. So konnte ich in diesem Jahr etwa 400 Menschen erreichen die das Gehörte ja nicht nur für sich behalten. *Reinhard Schwartz*

*Anm.: In derselben Region hielt auch Fg-Redakteur Alexander Richter am 9. November an der Katholischen Akademie in Stapelfeld einen Vortrag über die DDR. Obwohl hier bereits wesentliche Kenntnisse bestanden, herrschte bei den etwa 100 Gästen großes Interesse.*

**In der Reihe *Häftlingsschicksal* stellt die Fg diesmal den Lebensweg von Ralph M. Unger vor, der noch 1988 aus der politischen Haft die DDR verließ. Kamerad Unger machte in der DDR derart negative Erfahrungen, die ihn schon als jungen Menschen immer kritischer über die DDR urteilen ließen und ihn in seiner persönlichen Entwicklung einschränkten. Während eines Fahnenappells an der Schule wurde er bereits als 17-Jähriger als Staatsfeind abgestempelt. Ralph M. Unger erlebte nach der Übersiedlung in die Bundesrepublik ein Auf und Ab und geriet inzwischen in wirtschaftlich schwierige Verhältnisse. In seinem Fall zeigt sich, wie wichtig die Opferpension ist, da sie nicht gepfändet werden kann und nicht versteuert wird. Kamerad Unger hat etwas mehr als das für die Opferpension geforderte halbe Jahr in der Haft verbracht. Er befindet sich damit auf der Seite der Nutznießer dieses Gesetzes. Wäre er einen Monat weniger in Haft gewesen, würde er die Ehrenpension nicht bekommen, hätte aber dennoch unter demselben Problem zu leiden.**

Ich, Ralph M. Unger, wurde am 05.05.1953 in Rudolstadt/Thüringen geboren. Nach acht Jahren an der Polytechnischen Oberschule, wechselte ich auf die dortige Erweiterte Oberschule (EOS). Da ich mir schon während meiner Schulzeit eigenständiges und kritisches Denken aneignete, war ich demzufolge auch Zielscheibe von Lehrern und Parteisekretären. Im Sommer 1970 musste ich die EOS vorzeitig verlassen, nachdem während eines Fahnenappells an der Schule vor allen versammelten Schülern von einem Stasi-Offizier festgestellt wurde, dass ich „ein Helfershelfer des Imperialismus“ sei. So gebrandmarkt, waren meine Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten in der „DDR“ folgerichtig sehr begrenzt.

Als ich meine damalige Ehefrau – aus unserer Ehe gingen zwei Kinder hervor – drängte, mit mir einen Ausreiseantrag zu stellen, wies sie

diese Absicht zurück und ließ sie sich mit eben dieser Begründung von mir scheiden.

Da ich in der „DDR“ keinerlei Perspektive mehr sah, entschloss ich mich im Mai 1988 zu einem Fluchtversuch im Süden Westberlins, in der Nähe Potsdams, bei dem ich gefasst wurde.

Verurteilt wurde ich im Sommer desselben Jahres vom Kreisgericht Brandenburg zu anderthalb Jahren Haft wegen „Republikflucht im schweren Fall“. Ich durchlief die Stasi-Untersuchungshaftanstalt in Potsdam und das Zuchthaus Brandenburg. Aber schon im November 1988 gelangte ich durch die Freikaufregelungen in die Bundesrepublik.

Nach Jahren als Schriftsetzer bzw. Mediengestalter in diversen württembergischen Druckereien, machte ich mich im Jahre 1995 in Oberkochen (Württemberg) selbstständig. Seitdem betreibe ich ein DTP-Studio als Dienstleister in der Druckvorstufe bzw. als Graphik- und Schriftdesigner.

Da mein Sohn aus oben erwähnter Ehe geistig behindert ist und er sehr stark an mir hängt, entschloss ich mich im Januar 2009 wieder nach Thüringen zurückzukehren. Jetzt wohne ich gemeinsam mit ihm in Blankenhain bei Weimar, da er hier in der Nähe in einer Einrichtung der Lebenshilfe arbeiten kann.

Auf Grund meiner seit Jahren andauernden Belastungen sowie schwankender Auftragslage und der derzeitigen generell schlechten wirtschaftlichen Situation bestehen dem Finanzamt gegenüber Steuerrückstände, die ich nur sporadisch zurückzahlen in der Lage bin. Durch eine Mitarbeiterin des Finanzamtes Jena wurde daraufhin die Versiegelung meines einzigen Fahrzeuges veranlasst. Einwände, dass ich das Fahrzeug zu meiner Existenzsicherung benötige und damit auch meinen behinderten Sohn fahre, der auf Grund eines epileptischen Anfalls derzeit krankgeschrieben ist, ließ sie nicht gelten. Im Gegenteil. Sie drohte mir stattdessen, meine Gewerbe- und Zulassung zu entziehen.

So schließt sich bei mir ein Lebenskreis, den ich zunehmend als Reise in die Vergangenheit empfinde. Zumindest verdeutlicht es, wessen Geistes Kinder hier im Osten noch zugange sind. So wie man in anderen politischen Systemen Menschen drangsalierte, wie man in der „DDR“ mit staatlicher Rückendeckung Menschen inhaftierte und erschoss, so glaubt man heute anscheinend auch über menschliche Existenzen verfügen zu können.

Ralph M. Unger

Die beruflichen Fertigkeiten von Ralph Unger kann man im Internet unter [www.dtp-studio-unger.de](http://www.dtp-studio-unger.de) begutachten. Hier bietet der Autor des vorstehenden Beitrages eine Übersicht über Möglichkeiten zur Nutzung elektronischer Mittel.

### Fahnenappell

#### Die Fg-Information zur DDR-Geschichte

Der Fahnenappell war eine bei den Schülerinnen und Schülern verhasster Veranstaltung an allen Schulen der DDR, in Ferienlagern und bei gesellschaftlichen Aktionen wie Pioniernachmittagen. Der Ablauf vollzog sich streng militärisch. Gleichschritt, Marschbefehle („Auf der Stelle treten, Stillgestanden, Die Augen links ...“). Die jeweiligen Klassen bildeten auf dem Schulhof ein Viereck, in dessen Mitte politisch besonders aktive Lehrer, der Schuldirektor und der Pionierleiter am Fuße der Fahnenstange standen. Als Anzugsordnung wurde auf Pionierkleidung (Halstuch) oder FDJ-Hemd geachtet. Es gab Mitteilungen zum Schulablauf, einzelne Schüler wurden öffentlich gerügt oder belobigt (teils mit Vortreten) und an antifaschistische Gedenktermine erinnerte. Als Höhepunkt des Fahnenappells erklang das Kommando „Stillgestanden! Augen geradeaus! Heißt Flagge!“ Wer sich nicht still verhielt oder den Ablauf störte, erhielt ebenfalls eine öffentliche Rüge. Während der Kundgebungen im November und Dezember 1989 wurden auch Fahnenappelle öffentlich angeprangert.

# **Satzung**

## **der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge**

### **Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.**

**Gültigkeit ab 05.10.2009**

#### **§ 1 Name und Sitz**

(1) Die Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus, im folgenden „VOS“ genannt, ist ein rechtsfähiger Verein. Die Eintragung in das Vereinsregister umfasst alle Verbandsstufen.

(2) Gründungstag ist der 9. Februar 1950.

(3) Seit dem 1. Juli 1998 befindet sich der Sitz der VOS in Berlin. Gerichtsstand und Erfüllungsort ist Berlin.

#### **§ 2 Zweck und Ziele**

(1) Die VOS ist parteipolitisch und konfessionell unabhängig und bezweckt den Zusammenschluss der ehemaligen politischen Häftlinge kommunistischer Diktaturen und ihrer Hinterbliebenen, der Personen, die im kommunistischen Machtbereich aus politischen Gründen verfolgt wurden, der natürlichen und juristischen Personen, die die Bestrebungen der VOS fördern wollen, wobei juristische Personen kein Stimmrecht haben.

(2) Die VOS verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Ziele im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Arbeitsbedingte pauschale Aufwandsentschädigungen des geschäftsführenden Bundesvorstandes bedürfen eines Beschlusses des Gesamtbundesvorstandes. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Der Wirkungsbereich der VOS umfasst die Bundesrepublik Deutschland.

(3) Die VOS setzt sich für die Rechte der ehemaligen politisch Verfolgten bzw. ihrer

Hinterbliebenen ein. Sie fordert Wiedergutmachung gegenüber den Opfern kommunistischer Gewaltherrschaft.

(4) Die VOS nutzt die besonderen Erfahrungen der Opfer politischer Verfolgung bei der Aufarbeitung der Vergangenheit, bei der Aufklärung der Öffentlichkeit und zur Festigung der Demokratie. Hierbei sollte auch die Zusammenarbeit mit anderen Opferverbänden gleicher Zielrichtung in der Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen und Aktivitäten genutzt werden.

(5) Die VOS fördert diese Bestrebungen auch durch Herausgabe einer Verbandszeitung mit dem Titel „Freiheitsglocke“ sowie durch Pflege einer informierenden Internetseite mit Magazin-Charakter und insbesondere durch Zeitzeugengespräche der von politischer Verfolgung in den Diktaturen Betroffenen in Unterrichtsveranstaltungen von Schulen und Gymnasien.

#### **§ 3 Mitgliedschaft**

(1) Mitglied des Vereins kann jede der in § 2 genannten Personen werden, wenn sie die freiheitlich-demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland bejaht, unbescholten ist und die Satzung als verbindlich anerkennt.

(2) Ehemalige Mitarbeiter/innen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) sowie Mitglieder der Partei DieLinke und anderer links- oder rechtsradikaler Parteien und Vereinigungen dürfen nicht Mitglieder der VOS sein.

(3) Juristische Personen, die die Ziele und Aufgaben der VOS bejahen und diese unterstützen wollen, können als fördernde Mitglieder in die VOS aufgenommen werden. Das aktive und passive Wahlrecht ist für diesen Personenkreis jedoch ausgeschlossen.



#### § 4 Entstehung der Mitgliedschaft

- (1) Der Antrag auf Aufnahme ist schriftlich mittels vorgeschriebenem Formblatt bei der für den Wohnsitz des Antragstellers zuständigen Verbandsstufe oder bei der Bundesgeschäftsstelle zu stellen.
- (2) Über die Aufnahme entscheidet der geschäftsführende Bundesvorstand.
- (3) Die Aufnahme gilt mit Aushändigung des Mitgliedsausweises und der Satzung als vollzogen.
- (4) Der Mitgliedsausweis bleibt Eigentum der VOS.

#### § 5 Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft endet
  - a) durch freiwilligen Austritt. Der freiwillige Austritt kann jederzeit durch schriftliche Erklärung gegenüber dem geschäftsführenden Bundesvorstand mit Wirkung zum Ende des Kalenderjahres erfolgen.
  - b) durch den Tod. Der Tod bewirkt die sofortige Beendigung der Mitgliedschaft.
  - c) durch Ausschluss. Ein Mitglied wird schriftlich nach Anhörung der zuständigen Bezirks- und Landesgruppe durch den geschäftsführenden Bundesvorstand ausgeschlossen. Ausschließungsgründe sind:
    1. Handlungen gegen die Interessen der VOS und grobe Verstöße gegen die Satzung.
    2. Wissentlich falsche Angaben im Aufnahmeantrag.
    3. Unehrenhafte und strafbare Handlungen vor und während der Mitgliedschaft.
  - d) durch Streichung. Ein Mitglied kann durch den Landesvorstand gestrichen werden, wenn das Mitglied länger als 12 Monate mit seinem Beitrag im Rückstand ist und bereits einmal per Einschreiben unter Hinweis auf § 5 der Satzung gemahnt wurde.
- (2) Wird ein Mitglied aus dem Mitgliederverzeichnis gestrichen, steht ihm innerhalb einer Frist von vier Wochen das Recht auf Beschwerde beim Beschwerdeausschuss zu.

Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen und zu begründen.

- (3) Der Beschwerdeausschuss entscheidet mit einfacher Mehrheit.
- (4) Bei Beendigung der Mitgliedschaft ist der Mitgliedsausweis zurückzugeben.

#### § 6 Aufnahmegebühr und Beitragsentrichtung

- (1) Die Aufnahmegebühr beträgt Euro 2,60. Sie ist bei Einreichung des Aufnahmeantrages zu entrichten.
- (2) Die Höhe des monatlichen Beitrages wird von der Generalversammlung beschlossen. Er ist eine Bringeschuld und ist auf das Konto der VOS Bundesgeschäftsstelle einzuzahlen. Bei bargeldloser Überweisung gilt der Post- bzw. Bankabschnitt als Quittung.
- (3) Der geschäftsführende Bundesvorstand kann auf Antrag Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Empfängern kleiner Renten, Schülern und Studenten den monatlichen Beitrag ermäßigen oder in besonders gelagerten Fällen befristet erlassen.
- (4) Die Generalversammlung beschließt jeweils für die Dauer der Amtsperiode des Bundesvorstandes über die Aufschlüsselung der Aufnahmegebühr und des Mitgliedsbeitrages.
- (5) In Fällen eines außerordentlichen Finanzbedarfs kann der Bundesvorstand mit Zustimmung der Generalversammlung einmalige Umlagen bis zur Höhe eines Monatsbeitrages von den Mitgliedern beschließen. Die Zustimmung gilt als erteilt bei einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
- (6) Etwaige Überschüsse dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder haben im Falle ihres Ausscheidens oder bei der Auflösung oder Aufhebung der Vereinigung keinen Anspruch auf das Vereinsvermögen.

#### § 7 Gliederung

- (1) Die VOS gliedert sich in Bezirks- und Landesgruppen. Allgemein gilt das Territorialprinzip. Die Mitglieder gehören jener Bezirks- und Landesgruppe an, die ihrem Wohnort am nächsten liegt.

(2) Eine Bezirksgruppe umfasst jeweils einen oder mehrere untere Verwaltungsbezirke. Sie führt den Namen des Verwaltungsbezirks, an dem sie ihren Sitz hat, gegebenenfalls mit dem Zusatz "mit den Stadt- und Landkreisen." Der geschäftsführende Bundesvorstand bestimmt im Einvernehmen mit der betreffenden Verbandsstufe den räumlichen Umfang einer Bezirksgruppe.

(3) Die Bezirksgruppen eines Bundeslandes bilden eine Landesgruppe mit dem Namen des betreffenden Bundeslandes.

(4) Situationsbedingte Ausnahmeregelungen für Abs.1 bis Abs.3 kann der Bundesvorstand im Einvernehmen mit den betreffenden Bezirks- oder Landesgruppen treffen. Zusammenschlüsse von Landesgruppen sind möglich.

## § 8 Organe

(1) Organe der VOS sind:

- a) die Mitgliederversammlung der Bezirksgruppe (abgekürzt: Mitgliederversammlung),
- b) die Delegiertenversammlung der Landesgruppe (abgekürzt: Delegiertenversammlung),
- c) die Delegiertenversammlung der Vereinigung (abgekürzt: Generalversammlung),
- d) der Bezirksgruppenvorstand,
- e) der Landesvorstand und
- f) der Bundesvorstand.

(2) Mitglieder eines Organs der VOS können in dringenden Bedarfsfällen auch Mitglieder eines befreundeten Verbandes mit gleicher Zielstellung sein. Die Organe sind berechtigt, Anträge zur Generalversammlung einzubringen.

(3) Vorstandsmitglieder können entgeltlich im Verein beschäftigt werden.

Auch Satzungsämter können entgeltlich ausgeübt werden. Die Entscheidung darüber trifft jeweils der Bundesvorstand. Hierbei sind die Beisitzer in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Gleiches gilt für die Vertragsinhalte und die Vertragsbeendigung.

## § 9 Mitgliederversammlung

Mitgliederversammlungen sind nach Bedarf einzuberufen. In den Monaten Januar bis März eines jeden Jahres mit gerader Zahl (Fristüberschreitungen kann der Bundesvorstand genehmigen) tritt an die Stelle der ordentlichen Mitgliederversammlung die Hauptversammlung der Bezirksgruppe. Ihr obliegt vor allem die Wahl des Bezirksgruppenvorsitzenden, des Delegierten, des Rechnungsprüfers und deren Stellvertreter. Vorsitzende werden auf Antrag geheim gewählt.

## § 10 Generalversammlung

(1) Die Generalversammlung tritt alle zwei Jahre spätestens bis Ende Mai eines Jahres mit gerader Zahl zusammen. Ihr obliegt vor allem die Entgegennahme des Kassen- und Geschäftsberichtes des Bundesvorstandes für die abgelaufenen Geschäftsjahre, die mit dem Kalenderjahr übereinstimmen, die Entgegennahme des Berichtes des Bundesrechnungsprüfers, die Entlastung des Bundesvorstandes, die Wahl des neuen Bundesvorstandes, des Beschwerdeausschusses, des Bundesrechnungsprüfers und seines Stellvertreters sowie die Beschlussfassung über Satzungsänderungen und Anträge der Organe der VOS.

(2) Die Generalversammlung wird von den gewählten Delegierten der Bezirksgruppen gebildet. Jede Bezirksgruppe wählt einen Delegierten für die Dauer von zwei Jahren. Dieser hat in der Generalversammlung für je angefangene 15 Mitglieder der von ihm vertretenen Bezirksgruppe eine Stimme. Für die zur Wahl der Delegierten notwendige Mitgliederzahl ist der Stand am 1. Januar des Jahres maßgebend, in dem die Generalversammlung stattfindet.

(3) Bei Beschlussunfähigkeit beruft der Bundesvorstand binnen einer Frist von sechs Wochen eine zweite Versammlung mit derselben Tagesordnung ein. Sie ist dann ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen unbedingt beschlussfähig. Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.

(4) Die Einzelzahler werden durch den Bundesvorstand zur Vorstands- und Delegiertenwahl der ihrem Wohnsitz nächstgelegenen Bezirksgruppe zugeordnet. Die Einladung

zur jeweiligen Hauptversammlung erfolgt durch den Bundesvorstand.

### **§ 11 Der Bezirksgruppenvorstand**

(1) Der Bezirksgruppenvorstand wird für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Er ist nicht der gesetzliche Vertreter der VOS im Sinne des § 26 BGB.

(2) Der Bezirksgruppenvorstand soll mindestens aus dem 1. und 2. Vorsitzenden sowie dem Schriftführer und im Falle der Kassenhöhe der Bezirksgruppe aus einem Kassenswart bestehen.

(3) Der Bundesvorstand regelt durch eine Geschäftsordnung die Geschäfts- und Kassensbefugnisse des Bezirksgruppenvorstandes. In die Entscheidungsfindung sind die Beisitzer einzubeziehen.

### **§ 12 Der Landesvorstand**

(1) Der Landesvorstand wird für die Dauer von zwei Jahren in den Monaten März oder April des Jahres, in dem eine Generalversammlung stattfindet, vor oder während der Generalversammlung in geheimer Wahl gewählt. Die Wahl erfolgt durch die Delegierten der Bezirksgruppen eines Bundeslandes. In den Stadtstaaten Bremen und Hamburg sowie in den Bundesländern mit nur einer Bezirksgruppe erfolgt die Wahl durch eine Mitgliederversammlung der Landesgruppe. Für sie gelten die Vorschriften für die Hauptversammlung entsprechend. Durch die Delegierten bzw. die Mitgliederversammlung wird gleichzeitig ein Landesrechnungsprüfer und dessen Stellvertreter gewählt.

(2) Der Landesvorstand soll mindestens aus dem 1. und 2. Vorsitzenden und soweit die Landesgruppe über eine eigene Kassensführung verfügt - einem Kassenswart bestehen. Der 2. Vorsitzende kann auch zugleich Schriftführer sein. Der Landesvorstand ist nicht gesetzlicher Vertreter der VOS im Sinne des § 26 BGB.

(3) Der Bundesvorstand regelt die Geschäfts- und Kassensbefugnisse des Landesvorstandes durch eine Geschäftsordnung. Die Beisitzer sind in die Entscheidungsfindung einzubeziehen.

### **§ 13 Der Bundesvorstand**

(1) Der Bundesvorstand wird von der Generalversammlung für die Dauer von zwei Jahren in geheimer Wahl mit einfacher Mehrheit gewählt. Er bleibt bis zur Neuwahl eines Bundesvorstandes im Amt. Der Bundesvorstand besteht aus dem Bundesvorsitzenden und zwei Stellvertretern, von denen einer gleichzeitig Schatzmeister ist und die zusammen den geschäftsführenden Bundesvorstand bilden, sowie vier Beisitzern. Jeweils zwei Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstandes vertreten die VOS gemeinsam gerichtlich und außergerichtlich im Sinne des § 26 BGB.

(2) Der Bundesvorstand kann einen Geschäftsführer gemäß § 30 BGB als besonderen Vertreter mit dem Geschäftsbereich „Führung der Bundesgeschäftsstelle“ sowie Mitarbeiter für die Bundesgeschäftsstelle bestellen.

(3) Für die Wahlen zum Bundesvorstand bestimmt die Generalversammlung durch Zuruf einen aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern bestehenden Wahlausschuss. Der Vorsitzende übt das Amt des Wahlleiters aus.

(4) Der Bundesvorstand kann für vorzeitig ausgeschiedene Vorstandsmitglieder Ersatzwahlen im Wege der Briefwahl durchführen. Für die Gültigkeit der Wahl gelten die Bestimmungen von Absatz 1 entsprechend.

(5) Die Generalversammlung kann einen Ehrenvorsitzenden wählen. Er kann auf Einladung als Berater an den Sitzungen des Bundesvorstandes teilnehmen und im Auftrag des Bundesvorstandes Verbandsaufgaben wahrnehmen.

### **§ 14 Berufung von Mandatsträgern**

Ist die Wahl von Bezirks- und Landesgruppenvorständen trotz eingehender Bemühungen nicht möglich, kann der geschäftsführende Bundesvorstand im Einvernehmen mit den Mandatsträgern der jeweiligen Landesgruppe Bezirksgruppen- und Landesvorsitzende berufen.

### **§ 15 Rücktritt und Abberufung von Mandatsträgern**

(1) Ein Mandatsträger kann sein Mandat durch eine einfache schriftliche Erklärung gegenüber dem Bundesvorstand freiwillig abgeben oder durch das für seine Wahl oder Berufung zuständige Gremium entsprechend den Regelungen des § 16 Abs. 5 abberufen werden.

(2) Bei Rücktritt oder Abberufung eines Mandatsträgers auf Bezirks- oder Landesebene kann die übergeordnete Verbandsstufe bis zu einer baldigen Neuwahl ein Mitglied kommissarisch mit dem Amt betrauen. Dieses ist für die umgehende, ordnungsgemäße Neuwahl verantwortlich.

(3) Über die Abberufung oder zeitweilige Suspendierung eines Bundesvorstandsmitgliedes entscheiden die Delegierten, wenn ein Mehrheitsantrag der übrigen Bundesvorstandsmitglieder vorliegt.

### **§ 16 Einberufung von Versammlungen und Beschlussfassung**

(1) Mitgliederversammlungen und die Generalversammlung sind vom zuständigen Vorstand schriftlich unter Angabe der Tagesordnung und der zu behandelnden Anträge in vollem Wortlaut bei Einhaltung einer Frist von mindestens acht Tagen für die Mitgliederversammlung und von mindestens vierzehn Tagen für die Generalversammlung einzuberufen.

(2) Die Versammlungen sind beschlussfähig, wenn mindestens 15% der Mitglieder bzw. 50 % der Delegierten anwesend sind.

(3) Eine außerordentliche Generalversammlung kann der geschäftsführende Bundesvorstand jederzeit einberufen. Er ist dazu verpflichtet, wenn die Delegierten mit mindestens 10% der Mitglieder durch ihre Unterschrift eine solche unter Angabe des Zweckes und der Gründe bei ihm schriftlich beantragen.

(4) Der geschäftsführende Bundesvorstand kann mit Zustimmung von 10% der Delegiertenstimmen anstelle einer außerordentlichen Generalversammlung eine schriftliche Abstimmung in Form einer Briefwahl beschließen und durchführen. Für die Gültigkeit der

Abstimmung gelten die Bestimmungen des Abs. 5 entsprechend. Jeder Delegierte hat das Recht, an der Stimmenauszählung teilzunehmen.

(5) Bei Beschlussunfähigkeit beruft der Bundesvorstand binnen einer Frist von sechs Wochen eine zweite Versammlung mit derselben Tagesordnung ein. Sie ist dann ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen unbedingt beschlussfähig, hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.

(6) Die Mitgliederversammlungen und die Generalversammlung fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit der erschienenen Stimmberechtigten. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Zu Satzungsänderungen ist jedoch eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln, zur Auflösung der VOS eine solche von drei Vierteln der erschienenen Stimmberechtigten erforderlich.

(7) Die Bestimmungen über die Einberufung und Beschlussfassung gelten sinngemäß für die Vorstandssitzungen der Bezirksgruppenvorstände und des Bundesvorstandes mit der Maßgabe, dass für die Einladungen eine Frist von sechs Tagen und für die Beschlussfähigkeit die Anwesenheit der Hälfte der Vorstandsmitglieder erforderlich ist.

(8) Für einzelne Beschlüsse der Bezirksgruppen kann auch die Briefwahl vorgesehen werden. Diese Stimmen gelten als anwesend im Sinne des Abs. 2.

### **§ 17 Beurkundung der Beschlüsse**

Die von den Organen der VOS gefassten Beschlüsse sind durch den Schriftführer schriftlich niederzulegen und von dem jeweiligen Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen. Die Benutzung von Tonträgern ist zulässig.

### **§18 Rechnungsprüfer und Beschwerdeausschuss**

(1) Der Bundesrechnungsprüfer prüft den ordnungsgemäßen Umgang mit den Geldern der Bundesgeschäftsstelle und der Landesgruppen mit Kassenhoheit. Der Bundesrechnungsprüfer kann darüber hinaus selbst oder durch ein von ihm schriftlich beauftragtes

Mitglied eines Landesvorstandes jederzeit die Kassenführung der Bezirksgruppen überprüfen. Er kann die Richtlinien für die Tätigkeit des Rechnungsprüfers ständig fortentwickeln und rechtzeitig in Kraft setzen.

(2) Die Generalversammlung wählt für die Dauer der Amtsperiode einen dreiköpfigen Beschwerdeausschuss und zwei Stellvertreter. Der Beschwerdeausschuss gibt sich einen Vorsitzenden und entscheidet auf der Grundlage seiner Geschäftsordnung. Die Mitglieder des Beschwerdeausschusses dürfen nicht Mitglied des Bundesvorstandes sein und nicht in eigener Sache entscheiden.

### **§ 19 Beauftragter für die Öffentlichkeitsarbeit**

(1) Der Bundesvorstand ernennt den von ihm ausschließlich nach fachlichen und verbandspolitischen Gründen ausgesuchten Beauftragten für die Öffentlichkeitsarbeit, kurz „Pressesprecher der VOS“ genannt. Die Beisitzer sind in die Entscheidungsfindung einzubeziehen.

(2) Der Pressesprecher der VOS vertritt die Belange der ehemaligen politischen Häftlinge und ihrer Gemeinschaft (VOS) gegenüber der Öffentlichkeit im Sinne des geschäftsführenden Bundesvorstandes.

### **§ 20 Redakteur und Redaktionsausschuss**

(1) Der geschäftsführende Bundesvorstand ernennt einen fachlich und journalistisch geeigneten Redakteur für die Verbandszeitung der VOS. Personalunion mit dem Pressesprecher ist möglich.

(2) Der Bundesvorstand wählt für die Dauer seiner Amtsperiode einen dreiköpfigen Redaktionsausschuss, der dem Redakteur gegenüber die Befugnisse des Bundesvorstandes ausübt.

(3) Redakteur und Redaktionsausschuss entscheiden gemeinsam. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden des Redaktionsausschusses.

(4) Redakteur und Pressesprecher sind regelmäßig zu den Sitzungen des Bundesvorstandes einzuladen.

### **§ 21 Auflösung**

(1) Der Antrag auf Auflösung der VOS kann vom Bundesvorstand oder von den Delegierten mit mindestens 51 % der Stimmen gestellt werden. Der Antrag muss schriftlich gestellt werden und von sämtlichen Antragstellern unter Bezeichnung der von ihnen vertretenen Gliederung unterzeichnet sein.

(2) Bei Auflösung oder Aufhebung der VOS bzw. bei Wegfall ihres bisherigen Zweckes fällt ihr Vermögen an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge. Das dem Vermögensempfänger übertragene Vermögen darf ausschließlich und unmittelbar nur für steuerbegünstigte Zwecke verwendet werden.

### **§ 22 Schlussbestimmung**

(1) Diese Änderung der Satzung ist von der Generalversammlung der VOS in einem schriftlichen Umlaufverfahren am 05.10.2009 beschlossen worden. Sie tritt am gleichen Tag in Kraft.

Der geschäftsführende Bundesvorstand

Johannes Rink, Ronald Lässig,  
Hugo Diederich

# Die Zeit schmolz bei der guten Atmosphäre nur so dahin

## Traditionelle Gedenkveranstaltungen in Sachsen-Anhalt mit starker Beteiligung

Zum 14. Mal in Folge konnten in Sachsen-Anhalt, gefördert von der Behörde des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, im vergangenen Monat Gedenkveranstaltungen, mit dem Titel „**DIE OPFER DÜR-FEN NICHT VERGESSEN WERDEN**“ um den Termin des Volkstrauertages herum, durchgeführt werden.

Den Auftakt gab die zentrale Veranstaltung in Magdeburg mit Mitgliedern aus den Bezirksgruppen Halle, Bernburg, Harz und Magdeburg am 14. November im Magdeburger Ramada-Hotel. Begonnen wurde mit einer eindrucksvollen Kranzniederlegung und Gedenkreiden auf dem Moritzplatz vor der Gedenkstätte Moritzplatz (die sich z. Zt. in Rekonstruktions-Baumaßnahmen befindet). Besonders eindrucksvoll, in diesem Jahr, die Teilnehmerzahl, weil die Anreise der Teilnehmer aus den auswärtigen Bezirksgruppen mit 2 Bussen vor dem Anfahren des Hotels gegen 11:00 Uhr erst einmal zum Moritzplatz zur Kranzniederlegung führte.

Wie ebenfalls traditionell, nahmen auch zahlreiche Vertreter der Fraktionen der demokratischen Parteien des Landtages und des Magdeburger Stadtrates sowie zahlreicher weiterer Institutionen teil. Nach Kranzniederlegung, Ansprachen und Gedenkminute ging es dann, zusammen mit den Magde-

burger Teilnehmern, in den 2 Bussen zum Ramada-Hotel, wo die Veranstaltung mit einem reichhaltigen Mittagssmahl für die reichlich hundert Teilnehmer fortgesetzt wurde.

### Aufarbeitung und aktuelle Fragen

Der weitere Verlauf begann mit einer Diskussionsrunde, moderiert von unserem Magdeburger Mitglied Ulrich Seidel. Hier wurde zu Beginn die Broschüre „Abgeholt und Verschwunden (Teil 2)“ von Edda Ahrberg vorgestellt. (sh. dazu auch den Beitrag in FG 685 – November – „Über die Verschleppten und zu Tode gekommenen“ auf Seite 10). Eingeladen waren dazu auch eine Reihe von Angehörigen/Nachkommen der Todesopfer. Weitere Gesprächsthemen waren danach:

- Forderungen und Möglichkeiten der weiteren Novellierung der Gesetzgebung für die Opfer der Kommunistischen Gewaltherrschaft - unter anderem die entsprechenden Festlegungen in der Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP im Bundestag (sh. dazu auch die Veröffentlichung im letzten Stacheldraht).
- Vereinigung der überwiegenden Mitgliederzahl der großen Opferverbände in der VOS
- Wie geht es weiter mit Sachsen-Anhalts Gedenkstättenstiftung und was ist gegen das

Schönreden der untergegangenen DDR, 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution, zu tun? (Seit dem Sommer 2009 hat die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt keinen Direktor)

Die rege Gesprächsführung und Diskussion ließ die Zeit nur so dahin schmelzen. Die Veranstaltung endete mit einer Kaffeetafel und intensiven Gesprächen in den Tischrunden, welche die musikalische Umrahmung der Kaffeetafel durch die Pianistin Petra Steinbring teilweise zu überdecken drohte. Gegen 17:00 Uhr endete die erstmals in diesem Zeitrahmen durchgeführte Veranstaltung mit der Heimfahrt der auswärtigen und der Magdeburger Teilnehmer.

### Weitere Treffen in der Region

In erheblich kleineren Teilnehmerkreisen trafen sich an den beiden nächsten Samstagen die Bezirksgruppen Mansfelder Land in Lutherstadt Eisleben und Wittenberg, in Lutherstadt Wittenberg, mit jeweils etwa 20 bis 30 Teilnehmern in angenehmer Gaststätten-Atmosphäre. Auch hier wurde mit Kaffeetafel und Abendessen – neben Gesprächen, Informationen und Diskussionen in ähnlichem Themenkreis wie in Magdeburg – für das leibliche Wohl gesorgt.

*Wolfgang Stiehl*

---

## Keine Stasi-belastete Links-Links-Koalition. Nicht nur nicht in Brandenburg

*Potsdamer Bürgerrechtler sehen bei Rot-Rot rot und widersprechen Selbstaflösungstheorie von MfS*

In Potsdam, dem Sitz der Brandenburger Landesregierung aus SPD und stasi-belasteten Linken, brodelt es zur Zeit gewaltig. Ministerpräsident Platzeck scheint das Wasser bis zum Hals zu stehen. Egal, dass er sich – nach mehr als einem halben Jahr ohne Entscheidung – mit der überraschenden Berufung einer Landesbeauftragten nun etwas Luft verschaffen konnte, herrscht seit der Koalitionsbildung zu Gunsten des politischen Erzfeindes und Hauptkonkurrenten namens Linkspartei auch unter Stammwählern und politisch wenig bedarften „Landeskindern“ Missstimmung. Dies wurde auch bei der Mahnveranstaltung am

4. Dezember im Potsdamer „Lindenhotel“, dem ehemaligen MfS-Kerker, deutlich. Hier richtete sich der Unmut der zahlreich erschienenen Gäste und Zeitzeugen gegen eine Regierung, die sich, egal mit welchen Worten, vor allem der Schönfärberei vergangener Zeiten und der Falschdarstellung der Geschichte, vor allem dem Schutz der Stasi-Täter verschrieben hat.

Erinnert wurde jedoch insbesondere an die Besetzung der Stasi-Burgen auf Kreis- und Bezirksebene vor zwanzig Jahren im damaligen DDR-Bezirk Potsdam. In der einstigen Bezirkshauptstadt habe es, so der damals aktiv beteiligte Neu-

es-Forum-Mitbegründer Manfred Kruczek, mit dem Einzug im Büro des Bürgermeisters Bille begonnen. Zu diesem Zeitpunkt war das SED-Politbüro bereits abgewählt, die führende Rolle der SED war aus der DDR-Verfassung gestrichen. Aus der anschließenden Besetzung der Stasi-Zentrale habe sich später die Auflösung der Stasi ergeben, wobei sogar die Volkspolizei, die 40 Jahre lang als staatliches Gewaltinstrument die DDR-Bürger bewacht und kujoniert hatte, Hilfestellung leistete. Eine Selbstaflösung des MfS, wie sie nun von einigen Seiten beschworen wird, lässt sich in Potsdam nicht belegen. *B. Thonn*

# Versöhnung ist nicht zuerst die Sache der Opfer, sondern die der Täter

*Erwiderungen auf die befremdenden Äußerungen von Bischöfin Ilse Junkermann*

Sicher nicht nur in Sachsen-Anhalt wurde die Aufforderung zur Versöhnung mit den hauptamtlichen Stasi-Mitarbeitern und den Stasi-Spitzeln in der DDR, kontrovers diskutiert. Nachfolgend einige Argumente gegen dieses ungeheuerliche Ansinnen. In der Magdeburger Volksstimme wurden, neben anderen, die folgenden vier Meinungen (z.T. nur Auszüge dargestellt) veröffentlicht.

„Der Stasi-Landesbeauftragte Gerhard Ruden (Sachs.-Anh.) hat Landesbischöfin Ilse Junkermann wegen ihrer Äußerungen zur Versöhnung zwischen Opfern und Tätern des DDR-Regimes kritisiert. ‚Die meisten der Verantwortlichen aus SED und MfS ducken sich doch ab und geben sich nicht zu erkennen‘, sagte er dem Sender MDR 1 Radio Sachsen-Anhalt.

Magdeburg/Wittenberg (dpa/epd). Er verstehe nicht, warum die Landesbischöfin diese Initiative ergriffen habe, sagte Ruden. ‚Sie hätte sich vielleicht erst einmal in den Kreisen der Opferverbände und der Aufarbeitung der Diktatur der SED umhören sollen.‘ Dann hätte sie feststellen können, dass es schon eine differenzierte Aufarbeitung gegeben habe.“ (20.11.09)

Ein Herr Tschiche meinte recht unbedarft am 25.11: „...natürlich sind selbstgerechte Betonköpfe kaum zu erreichen, aber sie gab es zu allen Zeiten. Ihre DDR-Vertreter sind trotz aller wilden Verschwörungstheorien keine Gefahr mehr für die ostdeutsche Gesellschaft.“

Wolfgang Stiehl (VOS Sa-Anh) entgegnete dem Meinungsschreiber am 4.12.: „Der Auftritt der letztgenannten ewig Gestrigen mit ihren Verhöhnungen, Verleumdungen und Beleidigungen der Opfer, mit dem rigorosen Abstreiten jeglicher Schuld führt zu einer Retraumatisierung der ca. 250.000 Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft. Gehören diese nicht zur deutschen Gesellschaft? Ist eine Retraumatisierung kein Schaden? Wie lange darf dieser Verstoß gegen die Würde des Menschen noch ungestraft erfolgen? Wenn einem NS-Opfer an den Kopf geworfen wird „Dich hat der Himmler vergessen zu vergessen“, dann hat dies berechtigterwei-

se strafrechtliche Folgen. Aber der Ausspruch „Dich hat der Mielke vergessen auf dem Bautzener Karnickelberg zu verbuddeln“ bleibt bis heute, dank des Verstoßes der Gesetzesmacher gegen den Gleichheitsgrundsatz, folgenlos.“

Und Bundesvorsitzender Johannes Rink schrieb am 9. 12. unter der Volksstimme-Überschrift: „Versöhnungsappell von Bischöfin“ *Junkermann sollte mit den Opfern reden.* Zu „Kritik an Appell zur Versöhnung mit Stasi-Spitzeln hält an/Kirchenparlament stellt sich hinter Junkermann“, Volksstimme vom 23. November:

„Dieser Appell ist aus christlicher

tigt waren, waren aktiv daran beteiligt. Hat es in ihren Reihen schon eine schonungslose Aufklärung gegeben, die die Grundvoraussetzung für eine Aufarbeitung der Geschichte ist? Wenn Bischöfin Junkermann zur Versöhnung beitragen will, warum spricht sie nicht mit uns, den Opfern dieses Systems? Warum müssen wir erst aus den Medien davon erfahren? Seit Jahren, ja schon kurz nach der friedlichen Revolution, wurde von bestimmten Personen und Gruppierungen die Forderung erhoben, endlich einen Schlusstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. Wir müssen immer wieder feststellen, dass von Perso-



**Fragen:** Wie verhält sich die Kirche heute (offiziell) zu Oskar Brüsewitz? Stützt Frau Junkermann mit ihrem Vorschlag nicht die Linke? War der Vater von Gregor Gysi nicht Staatssekretär für Kirchenfragen? (Fotos: Archiv AR)

Überzeugung logisch, aus menschlicher Sicht der Opfer der kommunistischen Diktatur aber nicht nachvollziehbar. Die evangelische Kirche, die eine nicht unbedeutende Rolle während der friedlichen Revolution eingenommen hatte, hat sich – meines Wissens ohne mit den Opfern des Kommunismus zu sprechen – für die Versöhnung zwischen Opfern und Tätern ausgesprochen. In den Kirchen, evangelischen wie katholischen, gab es, wie in der DDR, Täter und Opfer. Gläubige wurden bespitzelt, verraten, verfolgt und verhaftet.

Gedungene Mitarbeiter der Stasi, die in kirchlichen Diensten beschäf-

ten, die diese schreckliche Zeit nicht erleben mussten, zur Versöhnung aufgerufen wird. Wie soll die Versöhnung erfolgen? Wir, die Opfer, versöhnen uns mit den Tätern, die ihre Taten bis heute nicht bereuen. Ist das eine Basis für ein christliches Miteinander? Hat Frau Junkermann einmal an die vielen Opfer gedacht, die nach jahrelanger Haft und Verfolgung heute psychisch und physisch für den Rest ihres Lebens geschädigt sind? Versöhnung kann, wenn überhaupt, nur am Ende einer langen und intensiven, von der Täterseite geführten offenen Aufarbeitung ihrer Taten erfolgen.“ *Wolfgang Stiehl*

# Die „rote Hölle“ des Schweigelagers Bautzen

*Heinz Unruh berichtet über Massensterben, „Krähen“ und Prügel im Schweigelager*

**Im Herbst 1948 wurde Heinz Unruh, der in der Fg schon über mehrere schicksalhafte Fälle aus der Nachkriegszeit berichtet hat, mit einer Tbc-Erkrankung in das Krankenbarackenrevier des KZ-Lagers Bautzen eingeliefert. Dort hatte das menschliche Leben sein Ende gefunden. Täglich wurde gestorben, die Leichen wurden auf unwürdige Weise beiseite geschafft. Nachfolgend berichtet Kamerad Unruh von seinen Beobachtungen in der „roten Hölle“. Sein Bericht sollte allen eine Mahnung sein und dazu beitragen, durch eine wahre Geschichtsschreibung den in Bautzen ums Leben Gekommen bei der Aufarbeitung der Geschichte Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.**

Ich will als Zeitzeuge und Chronist über Verbrechen berichten, die von Kommunisten nicht im Krieg, sondern im Frieden an Deutschen begangen wurden. Der Friede, der mit blumigen Worten gefeiert wurde, sollte in eine neue Weltordnung – die wievielte eigentlich – in der Demokratie, Menschenwürde, Freiheit und Toleranz ihren Niederschlag finden, münden.

Ich erlebte mit Hunderttausenden, dass diese Weltordnung mit ihren wohl klingenden Thesen nur ein Blendwerk war.

Der Krieg ging mit anderen Mitteln weiter, und diese Mittel waren Terror, Vertreibung und geplanter Mord, das kam im Gefolge der „Befreier“.

---

## **Trotz Prügel: Dies war nur der Eingang zur „roten Hölle“**

---

Als ich 1947 mit mehreren Kameradinnen und Kameraden im KZ-Lager Bautzen (Schweigelager) eintraf, wurden wir mit Prügel empfangen. Wir glaubten schon, das sei die „rote Hölle“. Ich musste später feststellen, das war nur die Vorstufe der Hölle, die „rote Hölle“ sah viel furchtbarer aus.

Im Herbst 1948 sollte ich die wahre „rote Hölle“ kennen lernen. Ich stand zu diesem Zeitpunkt mit mehreren Kameraden als Tbc-Kranker am Eingang der Unterwelt, an der Pforte zur „roten Hölle“. Das war für uns KZ-Häftlinge im Lager

Bautzen die Endstation, von der es keine Wiederkehr gab.

Wir gingen mit gemischten Gefühlen durch das Gittertor, das ein russischer Posten mürrisch aufschloss, wir mussten, da wir als Tbc-Kranke faktisch Aussätzige waren, gebührenden Abstand halten; die Angst vor Ansteckung war dem Posten anzumerken.

Wir standen nun schlotternd vor Kälte in unseren russischen Unterhosen und Unterhemden mit Holzlatschen, bedeckt mit einer grauen, verfilzten Pferddecke, die uns vor den Unbilden des beginnenden Herbstes schützen sollte.

Das hohe Gittertor schlug hinter uns zu, und wir standen unschlüssig im durchgeweichten Hof des inneren Barackenlagers das von einem hohen Drahtzaun umschlossen wurde.

Es war ein furchtbares Bild, Häftlinge, die dem Tod näher waren als dem Leben. Diese Häftlinge waren wandelnde Skelette, die auf ihren stockdünnen Beinen über den schmutzigen Vorplatz stolzierten.

---

## **Die dunklen Krähen mit den dünnen Beinen**

---

Sie sahen mit den umgehängten grauen Decken wie dunkle Krähen aus, die nach Futter suchten.

Man nahm von uns Neuankömmlingen keine Notiz, die Blicke gingen ins Leere, man führte kaum Gespräche, nur das bellende Husten zeigte, dass noch Leben in diesen Skeletten steckte.

Aus der ersten Baracke kam mit stackigen Schritten eine „Krähe“ auf uns zu, es war der Lagerälteste, der die Verteilung auf die Baracken vornahm. Der Barackenälteste, ein Jungkommunist aus Berlin hatte 15 Jahre wegen Schwarzhandels mit russischen Offizieren bekommen. Er war noch einer der Beweglichsten im Lager, auch er war schon von dieser furchtbaren Krankheit gezeichnet. Ich kam zu ihm in die Baracke 1, vier Baracken umstanden den Hof. Diese Baracken waren ehemalige Arbeitsdienstbaracken und machten einen verwahrlosten Eindruck. Als wir die Baracken betraten, befand ich mich im Mittelpunkt der „roten Hölle“. Der Ge-

stank von Urin, Kot und Eiter schnürte einem den Hals zu. Die Fenster waren nicht zu öffnen, man hatte sie vernagelt und mit Stacheldraht versehen. Dieser Umstand veranlasste die noch beweglichen Kameraden, mit ihren umgehängten Decken von morgens bis abends, und das bei jeder Witterung, auf dem verschmutzten Hof ihre Kreise zu ziehen.

---

## **Die Fenster waren vernagelt, es war nur draußen auszuhalten**

---

Wer aber als Schwerkranker auf seiner unteren Holzpritsche lag, hatte kaum eine Chance diesen Höllenort lebend zu verlassen.

Die Pritschen waren aus rohem Holz gezimmert und zweistöckig, die darauf liegenden Strohsäcke waren zerschlissen und mit Urin, Kot und Blut verschmiert.

Ich, als noch Beweglicherer lag oben, unter mir lag ein Schwerkranker, er war ein ehemaliger Dorfpolizist aus Brandenburg seine Tage waren gezählt. Er phantasierte und rief nach seiner Frau und seinen Kindern, die nicht wussten, dass sich ihr Mann und Vater im KZ-Lager Bautzen befand, in der „roten Hölle“. So ging es mit ihm mehrere Tage, er konnte dem Tod nicht entrinnen.

Morgens hörte ich sein Röcheln. Als ich von der Pritsche stieg, hatte Gevatter Tod sein Spiel gewonnen. Ich stand ratlos vor seiner Pritsche, viele Kameraden nahmen seinen Todeskampf kaum zur Kenntnis, sie waren bereits so abgestumpft und standen zum Teil selbst auf der anderen Seite des Flusses, der zum Totenreich führte. Seine trüben, weißen Augen sahen mich wie bestürzt an, die eingefallenen Wangen, ließen das Gesicht fast jugendlich erscheinen. Noch einmal ein vernehmbares Röcheln und der skelettartige Körper streckte sich.

---

## **Ich vermochte nicht mal mehr ein Gebet zu sprechen**

---

Er war endlich von seinen furchtbaren Qualen erlöst, ich hätte vielleicht ein Gebet sprechen müssen, aber meine Zweifel an Gott und dieser unmenschlichen Welt hielten mich davon ab. ☛ S. 17





**Die „Krähen“ vom Tbc-Innenlager Bautzen im Jahr 1948, Sinnbild des menschlichen Grauens und der Erniedrigung. Nachgezeichnet von Heinz Unruh, der in diesem Lage die schrecklichsten Erfahrungen machen musste.**

Ich suchte noch einen beweglichen Kameraden, denn der Lagerälteste hatte sich ebenfalls zum Sterben hingelegt, er nahm das Geschehen nicht mehr wahr.

Wir legten den ehemaligen Dorfpolizisten in seine graue, dreckige Decke und schleppten ihn zur Tür. Am späten Nachmittag wurde der tote Kamerad vom Todeskommando abgeholt. Das Lager hatte sechs Tote zu beklagen. Wie mir die Totengräber berichteten, kamen die Leichen in die Totenhalle, dort wurden sie nackt abgelegt, und bevor sie zum Massengrab auf den Karnickelberg kamen, um dort anonym verscharrt zu werden, stach ein sowjetischer Posten mit einem Ko-

sakensäbel auf die Skelette ein, um zu verhindern, dass sich ein Leiber darunter befand.

Hier war diese „rote Hölle“ nicht mehr zu überbieten. Später, viel später wurde das Todeskommando nach Russland verschleppt und niemand erfuhr etwas über den Verbleib der Kameraden.

Gott sei Dank, konnten wir uns innerhalb des Lagers frei bewegen und somit für einige Stunden dem Sterben der Kameraden entgehen. Ich fand in einer Baracke einen bekannten Geschäftsmann aus meiner Heimatstadt Strausberg. Er war während des Krieges als Hilfspolizist dienstverpflichtet worden und musste mit anderen Hilfspolizisten

wichtige Objekte der Stadt bewachen. Nach dem Krieg wurde er von Kommunisten denunziert, sein Geschäft enteignet und er wegen angeblicher Kriegsverbrechen von den Sowjets zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Jetzt lag er mit offener TBC in Baracke 2, seine Tage schienen gezählt. Noch gab er die Hoffnung aber nicht auf, er glaubte eines Tages diese „roten Hölle“ als freier Mensch verlassen zu können.

Ich saß oft an seinem Bett, wir schwelgten beide in Erinnerungen, und das nährte seine Hoffnungen. Trotzdem wurde er von Tag zu Tag schwächer, das Essen nahm er nicht mehr an, niemand konnte ihm helfen.

☛ S. 18

Wir hatten keinen Arzt und keinen Sanitäter. Dann wurde ich gerufen und konnte mit ihm noch einige Worte wechseln.

Kamerad Schröder ließ seine Frau grüßen, dann ein letzter Händedruck, beim Sprechen sickerte Blut aus seinem Mund, sein Kopf fiel zur Seite, ein letztes Zucken, und der Sensenmann holte sein Opfer. Ich drückte ihm die Augen zu und hätte vor Wut über dieses Verbrechen schreien können.

Ich verließ die Baracke, ich wollte nicht dabei sein, wenn Kamerad Schröder als menschliches Paket vor der Barackentür abgelegt wurde.

---

### **Nach dem Sensenmann folgte der Kosakensäbel**

---

In meiner Baracke erlebte ich die nächste Hiobsmeldung. Der Barackenälteste lag im Sterben. Als ich zu ihm trat, schaute er mich mit schon gebrochenen Augen an. Aus seinem Mund kamen furchtbare Flüche, die seiner Partei, der Kommunistischen Partei (KPD), galten. Krampfhaft hielt er meine Hand fest, ich hatte Mühe, sie zu lösen.

Wieder wurde ein menschliches Paket vor die Tür abgelegt, auf das der Kosakensäbel wartete.

Die Kameraden in meiner Baracke baten mich, nun die Stelle des Barackenältesten zu übernehmen. Während ich darüber nachdachte, wurde der Jungkommunist auf den Schinderkarren geworfen und abtransportiert.

Nach kurzer Überlegung sagte ich ja und wurde Barackenältester. Meine Aufgabe bestand darin, die Anzahl der Häftlinge an den Posten zu melden, die toten Kameraden rauszulegen, die Essensausgabe gerecht zu überwachen und den

Schwerkranke ein wenig Hoffnung zu geben.

---

### **Die Krankheit sorgte für täglichen „Nachschub“**

---

In Trotz der täglichen Toten, rollte der Nachschub, die Krankheit holte sich täglich neue Opfer, die dann Wochen später – wie wir selbst – ohne Hoffnung waren. Die Holzpritschen füllten sich, Gevatter Tod gab keine Ruhe, er versuchte mit Gewalt, und das mit Hilfe unserer KZ-Schergen, die Baracke zu leeren.

Die Massengräber auf dem Karnickelberg reichten bald nicht mehr aus, die nächste Laubkolonie musste geräumt werden.

Auch ich musste meinen Tribut zahlen und wandelte wie meine Kameraden als Skelett über den Hof. Nur der Umstand, dass ein Bäckermeister aus meiner Heimatstadt, mit Namen Müller, in der Lagerbäckerei tätig war, rettete mir das Leben. Er warf jeden Abend, wenn er ins Außenlager ging, ein ganzes Brot über den Zaun, das ich mir mit einem Kameraden teilte.

Der Schrecken nahm jedoch kein Ende, die Zahl der Toten nahm zu, ich versuchte mir mit einer Strichliste ihre Zahl zu merken. Den Bleistift, einen Stummel hatte ich vom Lagerältesten, dem Jungkommunisten übernommen. Ich musste täglich sechs bis zehn Tote verzeichnen, die Namen waren kaum zu merken.

---

### **Ein kalter Herbsttag und zwei besonders schlimme Fälle**

---

Ich hatte den Eindruck die KZ-Lagerleitung nahm das kaum zur Kenntnis.

Es war ein kalter Herbsttag, der Wind jagte Laub über den Platz,

und wir froren in der Baracke. Auffällig für diesen Tag war, dass noch kein Posten zur Meldung erschienen war. Die letzten zwei verstorbenen Kameraden lagen noch auf ihren verdreckten Strohsäcken. Es waren Neuankömmlinge, die erst vor wenigen Tagen zu uns gekommen waren. Sie waren während der Nacht ruhig eingeschlafen. Als ich zu einem von ihnen an die Pritsche trat, schlug mir ein widerlicher Geruch entgegen. Das Bild war unwirklich, sein Bauch war aufgebläht und gab eigenartige Geräusche von sich. Er lag in seinem Urin und Kot. Ich zog die vergammelte Pferdedecke über sein verzerrtes Gesicht. Der zweite Kamerad hatte die Beine angezogen, die ich nicht gerade strecken konnte, sein Gesicht sah friedlich aus, als ob er sich freute der „roten Hölle“ entkommen zu sein.

---

### **Ein Besuch und etwas Hoffnung, doch keinerlei sofortige Hilfe**

---

Ein Kamerad, der am Fenster stand, rief, wir bekommen hohen Besuch.

Ich sah vor dem Gittertor mehrere Offiziere, darunter drei Weißkittel und einen goldstrotzenden Offizier, es war ein sowjetischer General. Der Posten schloss eilig und devot das Tor auf, der goldbetusste General mit einer Unmenge von Blechorden an der Brust, ließ den Weißkitteln den Vortritt.

Ich erkannte diesen bunten Paradiesvogel von General, es war der Generalarzt mit Namen Katz, den ich von Potsdam aus der Lindenstraße in schlechter Erinnerung hatte. ☞ **wird fortgesetzt**

---

*Lesen Sie in der nächsten Fg-Ausgabe den zweiten und abschließenden Teil des erschütternden Berichts*

---

---

## **Adolph als Stasi-Abgeordneter Nr. 7 enttarnt**

*VOS fordert Auflösung der Brandenburger Landesregierung*

---

**BV** Nach der Enttarnung der Landtagsabgeordneten Renate Adolph als Stasi-IM hat die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) die Auflösung der rot-roten Landesregierung in Brandenburg gefordert. Die Linkspartei habe mehrfach die Wähler getäuscht, in dem sie mehrere Abgeordnete platzierte, die ihren Lebenslauf verfälscht hätten.

Hugo Diederich, stellv. Bundesvorsitzender der VOS, erklärt:

*„Mit Frau Adolph sind jetzt bereits sieben Abgeordnete der Potsdamer Linksfraktion als IM enttarnt. Ein Sammelbecken von Stasi-Kadern ist keine Grundlage für eine demokratische Regierung.“*

*Wenn die Brandenburger SPD dieses Stasi-Theater in mehreren*

*Akten weiter dulde, mache sie sich mitschuldig und versündige sich an ihren Idealen.“*

Auch Adolph hatte erst nach der Veröffentlichung durch Medien ihre Stasi-Vergangenheit eingeräumt. Am Nachmittag gab sie ihr Mandat auf. Damit, so die VOS, könne es jedoch nicht getan sein.

Das Problem sei, dass in der Linkspartei vor allem in Brandenburg Stasi-belastetes Personal ohne Prüfung massenhaft die Chance auf Spitzenfunktionen habe.

# Kameraden fordern: Bessere Regelungen für Ehrenpension schaffen

Versammlung der VOS-Bezirksgruppe Reichenbach mit starkem Zulauf

Am Freitag, dem 20. November, traf sich unsere Bezirksgruppe Reichenbach/Vogtland zur Mitgliederversammlung. Etwa 80 Kameradinnen und Kameraden waren gekommen. Als Gäste wurden der Bundestagsabgeordnete Günter Baumann und der Landtagsabgeordnete Alfons Kienzle (beide CDU) begrüßt. Zu Beginn der Veranstaltung verlas Petra Dietz ein Grußwort des sächsischen VOS-Landesvorsitzenden Bernd Müller-Kaller, der krankheitsbedingt leider nicht anreisen konnte. Er würdigte die Arbeit unseres Kameraden Werner Dietz, der als langjähriger Vorsitzender einen unermüdlichen Einsatz für die Belange der SED-Opfer und die Aufarbeitung der Geschichte bewiesen hat. Es wurde daran erinnert, dass er dafür in diesem Jahr die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik verliehen bekam.

In seiner Ansprache wies Werner Dietz darauf hin, dass insbesondere die Regelungen zur Opferrente verbessert werden müssen. So müsse die 6-Monats-Frist ebenso entfallen wie die Bedürftigkeitsprüfung. Der Bundestagsabgeordnete Baumann, der das gesellschaftliche Engagement der VOS-Bezirksgruppe würdigte, versprach, sich im Parlament

für entsprechende Verbesserungen einzusetzen. Mehrere Kameradinnen und Kameraden berichteten über ihre persönlichen Erfahrungen in der SED-Diktatur, woran sich eine lebhafte Diskussion anschloss. Die Zeit

sische Landeszentrale für politische Bildung zu stärken. Angesichts zunehmender Ostalgie sei dies überfällig. Kienzle sicherte zu, in der CDU-Fraktion eine entsprechende Initiative anzulegen. Die Veranstaltung



in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR dürfe nicht in Vergessenheit geraten. Der stellvertretende VOS-Bundesvorsitzende Ronald Lässig, der der Versammlung die Grüße des Bundesvorstandes überbrachte, appellierte an den Landtagsabgeordneten Kienzle, die Säch-

wurde abgerundet mit einer Filmvorführung und einem gemütlichen Beisammensein. Bei dieser Gelegenheit wünschte Hugo Diederich allen Kameradinnen und Kameraden der Bezirksgruppe eine besinnliche Adventszeit und ein gutes neues Jahr. *Petra Dietz (Text u. Foto)*

Liebe Kollegen aus den Opferverbänden der kommunistischen Gewaltherrschaft, anlässlich des heutigen Totensonntages war ich heute wieder einmal am Grab von Gisela Gneist auf dem Friedhof am Olympiastadion. Dabei fiel mir ebenso wie bei meinem letzten Aufenthalt im Frühjahr auf, dass - gut zweieinhalb Jahre nach ihrem Tod - der Zustand des Grabes nach meinen Vorstellungen doch etwas zu wünschen übrig lässt, vor allem dann, wenn man ihn mit den Nachbargräbern vergleicht. Sicherlich ist es Kindern

und Enkeln aufgrund der beruflichen Belastung und räumlicher Entfernung nicht immer möglich, regelmäßig den Friedhof zu besuchen.

## Ein kurzes Wort an die Kameradinnen u. Kameraden Von Ekkehard Schultz, Berlin

Um so mehr würde ich mir wünschen, wenn der eine oder andere Vertreter der Opferverbände, der in Berlin wohnt, in größeren Abständen in Erinnerung an Gisela Gneist vorbeischaun und wenn nötig, ein wenig Unkraut beseitigen oder Blät-

ter entfernen könnte. Die Gegend um das Olympiastadion bietet zudem gute Möglichkeiten, den Friedhofsbesuch mit einem Spaziergang zu verbinden und ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln sehr gut zu erreichen. Ich schreibe dies insbesondere in Erinnerung daran, wie viele Vertreter unserer Verbände an der Beerdigung in Frühjahr 2007 teilgenommen haben. Es wäre schön, wenn wir heute wieder ein wenig stärker signalisieren könnten, was uns Gisela Gneist bedeutet hat. Vielen Dank.

### Wir trauern um

**Lothar Reichelt  
Joachim Dyballa  
Erwin Fischer  
Kurt Milek**

**Bezirksgruppe Reichenbach  
Bezirksgruppe Dortmund  
Bezirksgruppe Brandenburg  
Bezirksgruppe Reichenbach**

**Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren**

## Es ist noch nicht vorbei! Demos!

Obwohl das Jahr 1989 weit zurückliegt und die Feierlichkeiten zum Mauerfall schon fast wieder vergessen sind, gehen erneut aufrechte Bürgerrechtler auf die Straße, um zu demonstrieren. In Potsdam waren mehr als 1.000 Bürgerinnen und Bürger auf der Straße, die gegen die Koalition von SPD und Linke ihre Stimme erhoben. Aufgerufen hatte eine politische Initiative „Politik in der Mitte“, beteiligt waren zahlreiche Nichtorganisierte. Die Fortsetzung der Demos ist auf unbestimmte Zeit – immer montags – vorgesehen.

Einen Schub hatte die Bewegung erhalten, nachdem in der Landesregierung immer mehr politische Skandale in Form von IM-Belastungen aufgetaucht sind.

Mit diesen Demonstrationen wird zum für einen „stasi-freien“ Landtag demonstriert, zum anderen werden die in Trittbrettfahrer-Manier bundesweit ebenfalls betriebenen „Montag-Demos“ von linksgerichteten Aktivistinnen ad absurdum geführt.

## Landesbeauftragte für Brandenburg jetzt doch benannt? Ulrike Poppe als Vorschlag von könnte eine gute Wahl sein

Nach Monaten des Wartens und Fragens könnte für das Bundesland Brandenburg endlich eine Entscheidung für die Besetzung des Landesbeauftragten-Postens für die Unterlagen des ehemaligen MfS in Aussicht stehen. Den letzten Pressemeldungen zufolge habe Ministerpräsident Mathias Platzeck, zuletzt mit seinen politischen Erklärungen und Entscheidungen nicht eben erfolgreich und verstehbar, die frühere Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe vorgeschlagen. Die Abstimmung im Landtag wäre im Dezember oder Januar fällig.

Dass sich die Kandidatin für das Amt zur Verfügung stellen würde, geht aus einem Interview mit der Potsdamer Tageszeitung MAZ hervor. Frau Poppe äußerte sich darin auch, den Opfern mehr Aufmerksamkeit widmen zu wollen und frühere MfS-Mitarbeit auch unter dem Aspekt der Entwicklung des Betroffenen in den letzten zwanzig Jahren zu bewerten. Sie plädierte dafür, vor allem jeden Fall im Einzelnen zu betrachten. Konkret heißt das: «Man muss immer Art und Umfang der Zusammenarbeit bewerten. Und - für mich entscheidend - wie stehen die Betroffenen heute zu ihrer Vergangenheit. Für mich hat jeder ein Recht auf Umkehr und Irrtum.» Dass sie sich mit dieser Einstellung einen Berg an Arbeit aufladen dürfte, scheint unabwendbar. In Brandenburg sind allein in den letzten Wochen sieben Fälle von IM-Tätigkeit unter den Abgeordneten der Linken bekannt geworden. In einem der Fälle gab es letztlich sogar Streit innerhalb dieser Partei, da einer der Überführten auch noch die Initiative ergriff und anwaltlich gegen seine eigene Fraktion/Partei vorzugehen beschloss. Zugleich greift Frau Poppe auch das von der FDP-Abgeordneten Linda Teuteberg angemahnte Unterrichtsdefizit bei der Vermittlung eines wahren DDR-Bildes auf, in dem die Strukturen und Erscheinungsformen der Diktatur des Proletariats als Unrechtsregime zu erklären sind.

Ulrike Poppe, geboren 1953, hat sich in der DDR schon früh für Freiheit und Demokratie eingesetzt, wobei sie seit 1980 vom MfS verfolgt und später mehrere Wochen inhaftiert wurde. Sie gründete die Bewegung Demokratie Jetzt und war am „Runden Tisch“ beteiligt. Nach der Wende nahm sie sich der Aufarbeitung des DDR-Unrechts an. Sie ist authentisch und findet auch unter den ehemaligen politischen Häftlingen des SED-Staates Akzeptanz.

A. R.

## VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

### Bundesgeschäftsstelle der VOS

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

Telefon/AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax : 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: [vos-berlin@vos-ev.de](mailto:vos-berlin@vos-ev.de)

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag

von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

**Spenden sind steuerlich absetzbar**

### Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/Fax: 030 - 2546 26 38

Montag und Donnerstag von 10.00 bis 18.00 Uhr

Dienstag und Mittwoch von 10.00 bis 17.00 Uhr

### Redaktion und Satz: Alexander Richter

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

[redaktion@vos-ev.de](mailto:redaktion@vos-ev.de)

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),  
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag gleichzeitig Bezieher der „Freiheitsglocke“.

### Beiträge:

- |  |         |
|--|---------|
| 1. Aufnahmegebühr                          | 2,60 €  |
| 2. Jahresbeitrag, einschl. Freiheitsglocke |         |
| - alte Bundesländer                        | 45,00 € |
| - neue Bundesländer                        | 40,00 € |
| 3. Jahresbeitrag für Ehepartner            | 15,00 € |
| 4. Jahresbeitrag ABO Freiheitsglocke       | 24,00 € |

### Internetseiten der VOS und Links unter

[www.vos-ev.de](http://www.vos-ev.de)

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe [vos-ev.de](http://vos-ev.de)

Die nächste Ausgabe (687) erscheint im Januar 2010

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 686: 10. Dez. 2009